POST AUS BERLIN

Julia Bartz
Mitglied des Deutschen Bundestages

14.11.14

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

diese Woche begann für mich mit einem freudigen Ereignis: der Parteivorstand hat mich als Mitglied in die CSU-Grundsatzkommission berufen. Ziel der 35-köpfigen Kommission unter Leitung von Markus Blume MdL, die sich aus allen Alters- und Politikbereichen zusammensetzt, ist es bis 2016 ein neues Grundsatzprogramm der CSU auszuarbeiten. Besonders die Positionen zur Verteidigungspolitik sind mir wichtig. Zudem möchte ich dazu beitragen, dass die CSU für Frauen noch attraktiver wird.

Rot gesehen haben wir bei der Gründung des offiziellen FC Bayern München Fanclubs *„Berliner Fraktion“* im Deutschen Bundestag. Rund 50 Mitglieder aus den verschieden Fraktionen haben sich zusammen mit den Bayernlegenden Paul Breitner und Raimund Aumann hierfür zusammengefunden.

In der vergangenen Doppelsitzungswoche beschäftigte mich die weiterhin äußerst angespannte Sicherheitslage im Sudan und Südsudan. Meine Reden zu den Mandatsverlängerungen von UNAMID und UNMISS können Sie sich hier ansehen:
http://dbtg.tv/fvid/4079235
und http://dbtg.tv/fvid/4106372

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!
Ihre

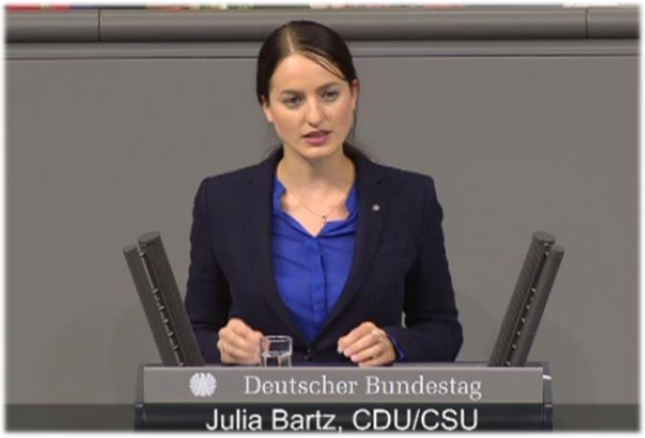
Julia Bartz

Neues aus dem Netz

Zur Lage in Darfur und im Südsudan:

„Nur im Zusammenspiel aus Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie können wir in Krisenregionen eine bessere Zukunft erreichen“

In diesen Wochen beschäftigten wir uns im Plenum des Deutschen Bundestags mit der Verlängerung der Friedensmissionen *United Nations Hybrid Operation in* Darfur (UNAMID) und *United Nations Mission in the Republic of South* Sudan (UNMISS), die von den Vereinten Nationen in der sudanesischen Region Darfur und im Südsudan durchgeführt werden. Die Mandate über eine deutsche Beteiligung an den Friedensmissionen laufen am 31.12.2014 aus.



Meine Rede zum UNAMID Einsatz
Link: http://dbtg.tv/fvid/4079235

Ein dauerhafter und nachhaltiger Frieden in Darfur konnte trotz umfangreicher Bemühungen der internationalen Gemeinschaft bisher nicht erreicht werden. Bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem sudanesischen Regime, Rebellengruppen und verschiedenen Ethnien dauern an. Die wirtschaftliche Situation und die Gewalt führen zu einer humanitären Katastrophe in Dafur.

Die Zahl derjenigen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind steigt dramatisch. 2014 sind es bereits 3,9 Millionen. 2,4 Millionen Binnenflüchtlinge befinden sich alleine in Darfur.

Auch im Südsudan ist die Sicherheitslage weiter prekär, viele zivile Helferinnen und Helfer sind dadurch an ihrer Arbeit vor Ort gehindert.

Mit dem erneuten Ausbruch schwerer bewaffneter Auseinandersetzungen im Dezember 2013 hat sich die Sicherheitslage in Teilen des Landes wieder deutlich verschärft. Über 2 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Hinrichtung, Folter und Vergewaltigung.

Meine Rede zum UNMISS Einsatz
Link: http://dbtg.tv/fvid/4106372

Nur wenn gewährleistet werden kann, dass entwicklungspolitisches und humanitäres Personal sicher wirken kann, können wir im Verbund mit militärischen, diplomatischen und polizeilichen Instrumenten einen nachhaltigen Erfolg in Krisenregionen erreichen. **Deshalb ist es wichtig und notwendig, dass sich Deutschland weiter an den Missionen UNAMID und UNMISS beteiligt.**

Die Sorgen der Bauern ernst nehmen –

Julia Bartz MdB Gespräch mit Bauernverbandspräsident Walter Heidl

„Für die CSU steht das Wohl der bäuerlichen Familienbetriebe im Mittelpunkt"

Bei einem Treffen in Berlin sprachen der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes Walter Heidl und die Bundestagsabgeordnete Julia Bartz über die derzeitigen Herausforderungen der bayerischen Bauern, darunter die europäische Düngeverordnung und der Preisdruck durch Wirtschaftssanktionen gegen Russland.

Vor allem das Vier-Jahres Tief der Preise innerhalb der Kern-Agrarprodukte bereite den Landwirten große Sorgen. Julia Bartz zeigte sich in Hinblick auf die gut 1.000 Milchviehbetriebe im Landkreis Mühldorf verärgert über das Milchpreisdumping der großen Konzerne. Gemeinsam müssten Ansätze gefunden werden, um die Existenz der bäuerlichen Familienbetriebe auch in Zukunft zu sichern.

Dabei spielten auch die Verhandlungen zur Dünge- und Anlagenverordnung, sowie zum Arzneimittelgesetz eine große Rolle. Hier gelte es eine Überreglementierung zu vermeiden. „Für die CSU steht das Wohl der bäuerlichen Familienbetriebe im Mittelpunkt", betonte Bartz als stellvertretendes Mitglied im Landwirtschaftsausschuss.

Offen wurde auch über das Transatlantische Handelsabkommen (TTIP) diskutiert. Bartz zeigte sich erfreut, dass laut Heidl die Bauernschaft zu einem großen Anteil mehr Vorteile im TTIP als Nachteile sehe. Das Abkommen biete große Möglichkeiten die weltweit geschätzte ‚Landwirtschafts-Marke Bayern' weiter international zu etablieren, sowie den eigenen Absatzmarkt auszuweiten. Bereits heute komme jeder vierte Euro, den die Landwirtschaft umsetze, aus dem Export, so Heidl.

Julia Bartz MdB traf sich im Berliner Reichstag mit dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes Walter Heidl

Dennoch gäbe es unter den Landwirten auch Zweifel, ob die hohen Standards bei der Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch eins zu eins umgesetzt würden. Bartz betonte daher, dass die CSU die Sorgen der Bauern sehr ernst nehme.

Julia Bartz MdB: ***„Unsere hohen Standards – vor allem beim Daten-, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen – sind nicht verhandelbar."***

Bundesminister Dobrindt legt Gesetzentwurf vor

Kaputte Straßen, marode Brücken: Deutschlands Verkehrswege brauchen Geld. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) stellte dazu vergangene Woche den Gesetzentwurf zur Infrastrukturabgabe für PKW vor. Zwei Milliarden Euro an Mehreinnahmen sollen so pro Wahlperiode in die Kassen fließen. Damit macht der CSU-Minister den Weg frei für Investitionen in eine Infrastruktur der Zukunft.

Die sogenannte PKW-Maut nimmt Fahrt auf. Noch in diesem Jahr soll der Entwurf von Alexander Dobrindt im Kabinett diskutiert werden. Ziel sei es, dass die Infrastrukturabgabe ab 2016 auf deutschen Straßen gilt.

Die Eckpunkte:

- **Die Einnahmen von 500 Millionen Euro pro Jahr sind zweckgebunden für die Infrastruktur.**
- **Die Höhe der Abgabe bemisst sich an der Größe und der Umweltfreundlichkeit des PKW.**
- **Für Halter im Ausland zugelassener PKW gibt es Zehntages-, Zweimonats- oder Jahresvignetten. Die Erfassung erfolgt elektronisch.**

Konkret heißt das: Die Halter von im Ausland zugelassenen PKW und Wohnmobilen müssen künftig auf Autobahnen bezahlen – bis zu 130 Euro pro Jahr. Für deutsche Autofahrer entstehe aber keinerlei Mehrbelastung, versichert Dobrindt. Für sie gelten die Infrastrukturabgabe zwar ebenfalls auf Bundesstraßen und Autobahnen – sie werden aber über die KFZ-Steuer entsprechend verrechnet. Damit schließe man eine Gerechtigkeitslücke, so der Minister. Man werde nun nämlich diejenigen an der Finanzierung der Straße beteiligen die diese bisher kostenlos nutzen.

Julia Bartz MdB mit Bundesminister Alexander Dobrindt

Julia Bartz MdB: ***„Es ist folgerichtig, dass sich ausländische Autofahrer an der Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur beteiligen – so, wie dies deutsche Autofahrer auch schon seit Jahren in Österreich und weiteren EU-Ländern machen. Das ist eine Sache der Gerechtigkeit. Denn auch unsere Autobahnen werden gerade zur Ferienzeit von ausländischen PKW teilweise erheblich belastet. Dass die Kosten zur Behebung von dadurch entstandener Schäden am Straßenverkehrsnetz ausschließlich vom deutschen Steuerzahler getragen werden sollen, erschließt sich mir nicht.“***

„Die Infrastrukturabgabe ist fair, sinnvoll und gerecht“, sagt Alexander Dobrindt. Er versicherte außerdem: Die Infrastrukturabgabe sei europarechtskonform und unterliege einem umfassenden Datenschutz. Eine Weitergabe der elektronisch erhobenen Daten erfolge nicht.

Orientierungsdebatte im Bundestag zur Sterbebegleitung

Ausbau der Palliativmedizin unumstritten

Die Diskussion um das Thema Suizidbeihilfe bewegt die Menschen in unserem Lande. Es handelt sich um eine emotionale und kontrovers geführte Debatte, die die Frage betrifft, wie unsere Gesellschaft mit Alter, Krankheit und Tod umgeht. Es geht dabei um Menschenwürde, Lebensschutz und das Recht auf Selbstbestimmung, aber auch um das Signal für die Gesellschaft, das wir beim Umgang mit dem menschlichen Leben in der letzten Lebensphase geben.

Kein Geschäft mit dem Tod

Foto: picture alliance/JOKER

Eine politische Entscheidung ist gefordert, da sogenannte Sterbehilfevereine derzeit eine rechtliche Lücke nutzen und schwerkranken, aber auch altersmüden und psychisch kranken Menschen in unserem Land geschäftsmäßig und organisiert Beihilfe zum Suizid gewähren. In unserer Fraktion besteht weitgehend Einigkeit, dass die organisierte Sterbehilfe verboten werden soll. Gleichzeitig gibt es unterschiedliche Ansichten zu der Frage, ob ein ärztlich assistierter Suizid im Ausnahmefall zugelassen werden sollte.

Mediziner, Kirchenvertreter und Juristen haben uns in einer fraktionsoffenen Sitzung Ende September ihre Erfahrungen und Überlegungen zu Suizidbeihilfe sowie zur Palliativ- und Hospizversorgung vorgestellt. Einigkeit besteht, dass den Menschen am Ende des Lebens bessere medizinische und psychologische Begleitung zur Seite gestellt werden muss. Wir wollen daher die Palliativmedizin und das Hospizwesen flächendeckend ausbauen.

In dieser Woche fand eine vierstündige Orientierungsdebatte statt, in der Abgeordnete aller Fraktionen die Möglichkeit hatten, ihre Einstellung zum Thema Suizidbeihilfe darzulegen. Die Atmosphäre war ernst und respektvoll, in der die Abgeordneten debattierten. Viele nahmen tiefschürfende persönliche Erlebnisse mit kranken und sterbenden Angehörigen zum Anlass ihrer Rede. Über die Notwendigkeit eines Ausbaus der Palliativmedizin und des Hospizwesens waren sich praktisch alle Abgeordneten einig. Dieser relativ junge medizinische Zweig hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht.

Julia Bartz MdB: ***„Ein gewerbsmäßiger Einsatz von Sterbehilfe ist indiskutabel und muss gesetzlich verboten werden. Vielmehr müssen wir bessere Betreuungsmöglichkeiten bei der Begleitung von kranken und Sterbenden Menschen schaffen.“***

Für das Frühjahr ist eine Anhörung im Deutschen Bundestag geplant. Eine endgültige Verabschiedung streben wir nicht vor Sommer 2015 an, damit ausreichend Zeit bleibt, einen Austausch von Expertise und Argumenten mit besonderer Sensibilität und Intensität zu ermöglichen.

Julia Bartz beim Soldatenempfang des Bayerischen Ministerpräsidenten in der Münchner Residenz

Es war die Gelegenheit unseren Soldatinnen und Soldaten einen Dank für ihren herausragenden Einsatz zur Sicherung des Friedens in der Welt auszusprechen. Neben dem Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen war auch die Verteidigungspolitikerin Julia Bartz MdB vor Ort. Sie nutzte die Gelegenheit für Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten, dem Kommandeur der Gebirgsjägerbrigade 23, Brigadegeneral Michael Matz (l.) und Bereichsleiter Bundeswehr Sozialwerk Oberstleutnant Christian Bonauer (2.v.r.)

Julia Bartz vor Ort

14.11.2014 - 20.00 Uhr Mitgliederversammlung KSRK Kreisverband Mühldorf
Kirchplatz 7, 84574 Taufkirchen (Gaststätte Sahlstorfer)

17.11.2014 - 20.00 Uhr Vortrag: ***"Die gesellschaftliche und politische Situation Russlands". Eindrücke einer Reise in das größte Land der Erde."*** - im Rahmen des Katholischen Kreisbildungswerks 2014/2015, im Pfarrsaal St. Pius, Mößlinger Str. 17, 84453 Mühldorf-Nord

19.11.2014 - 13.00-18.00 Uhr Busfahrt zum Flughafen München mit Besichtigung, auf Einladung von Julia Bartz (bereits ausgebucht)

19.11.2014 - 19.30 Uhr Vortrag: "Drohnenbeschaffung - Chancen und offene Fragen" - Veranstaltung des CSU-Ortsverbandes Manching und des ASP, im Manchinger Hof, Geisenfelder Straße 15, 85077 Manching

21.11.2014 - 14.00-18.00 Uhr Bürgersprechstunde im Bürgerbüro Haag, Wasserburger Straße 13, 83527 Haag in Obb.
Anmeldung: -per Tel.: 08072-9589544,
-per E-Mail: julia.bartz.wk@bundestag.de

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.bartz@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Bartz MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin